Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt am 08.10.2026 im Sitzungssaal des Rathauses Friedrichstadt.

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:28 Uhr

Anwesend:
stimmberechtigt:

Stadtverordneter	Sebastian Kahlcke
Stadtverordnete	Elke Burmester
Stadtverordneter	Uwe Eisenmann
Stadtverordnete	Bärbel Hammer
Stadtverordneter	Bernd-Roland Hündorf
Stadtverordneter	Björn Jensen
Stadtverordneter	Jan Kratochvil
Stadtverordneter	Fritz Nicolaisen
Stadtverordnete	Jessica Pooch
Stadtverordneter	Walter Reimers
Stadtverordnete	Sonja Wulff

Entschuldigt fehlt:

Stadtverordnete	Jana Gasch
Stadtverordneter	Andreas Pruns
Stadtverordneter	Heiko Schönhoff
Stadtverordnete	Sonja Schönhoff
Stadtverordnete	Doreen Stümpel
Stadtverordneter	Bastian Beschorner

Außerdem sind anwesend:
Frau Reuß, Schriftführerin
Herr Nissen, Amt Nordsee-Treene
Herr Beierlein, stellv. Ausschußvorsitzender
Herr Schmidt, Stadtmanager Stadt Friedrichstadt
Frau Thomsen, Stadtarchiv und Museum „Alte Münze“
Herr Klomann, Personalrat
Herr Domann, Feuerwehrkoordinator Stadt Friedrichstadt
Herr Euker, stellv. Wehrführer Freiw.Feuerwehr Friedrichstadt
Herr Kriegshammer, HGV Verbund Stapelholm
zwei Mitarbeiter Firma DataPort
8 Gäste

Tagesordnung:

öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Bürgermeister und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
2.a. Dringlichkeitsanträge
2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 21. Sitzung am 20.08.2026
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Bericht der Ausschüsse und Delegierten
7. Anfragen der Stadtverordneten
8. Aktueller Sachstand der Beschlüsse
9. Vorstellung des geplanten VR-Projekts "Alte Münze"
10. Beratung und Beschlussfassung über den Förderantrag zum VR-Projekt
11. Zwischenbericht Grünflächenmanagementkonzept
12. Kenntnisnahme vom Bericht der Ordnungsprüfung und Fehlbetragsprüfung für das Haushaltsjahr 2025
13. Beratung und Beschlussfassung über die Anpassung der Eintrittsgelder des Museums "Alte Münze"
14. Beratung und Beschlussfassung über das Regionalbudget 2027
    Hier: Bereitstellung des Eigenanteils für die Kofinanzierung und für das Fördermanagement
15. Beratung und Beschlussfassung über die Anhebung des Steuersatzes der Zweitwohnungssteuer
16. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung des Parkverbotes bei der Synagoge zu Veranstaltungen
17. Beratung und Beschlussfassung über die Aufwertung des Innenstädtebereiches durch Spielbretter Initiative Netzwerk
18. Beratung und Beschlussfassung über einen Grundsatzbeschluss zur weiteren Umsetzung des Mobilitätskonzepts
19. Beratung und Beschlussfassung über die Bewerbung für einen "Digitalen" Begegnungsort" im Rahmen des Projektes "Smarte Grenzregion"

nicht öffentlich

20. Vertragsangelegenheiten
20.a. Vertragsangelegenheiten
21. Finanzangelegenheiten
21.a. Finanzangelegenheiten
21.a.a. Finanzangelegenheiten
22. Grundstücksangelegenheiten
22.a. Grundstücksangelegenheiten

öffentlich

23. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Bürgermeister und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister begrüßt alle Anwesenden, besonders die Gäste, recht herzlich und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest. Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig.

2. Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 19 wurde bereits im Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales beschlossen. Auf Nachfrage bei Herrn Nissen von der Amtsverwaltung ist eine erneute Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung gemäß der Hauptsatzung der Stadt nicht erforderlich. Die Stadtverordneten stimmen mit 10 Stimmen für die Streichung des Tagesordnungspunktes 19.

Der Tagesordnungspunkt 24 b wurde vorsorglich in die Tagesordnung aufgenommen, um die Ladungsfrist einzuhalten. Da die Beratung dieses Punktes im zuständigen Ausschuss vertagt wurde, soll zunächst dessen abschließende Beratung und Empfehlung abgewartet werden. Die Stadtverordneten stimmen daher einstimmig für die Streichung des Tagesordnungspunktes 24 b.

2.a. Dringlichkeitsanträge

Der Bürgermeister teilt mit, dass drei Dringlichkeitsanträge eingegangen sind.

Für die Aufnahme der Dringlichkeitsanträge in die Tagesordnung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der gewählten Vertreter erforderlich. Bei insgesamt 17 gewählten Vertretern wären hierfür mindestens 12 Ja-Stimmen notwendig.

Da lediglich 11 Vertreter anwesend sind, kann die erforderliche Mehrheit nicht erreicht werden. Die Dringlichkeitsanträge werden daher nicht in die Tagesordnung aufgenommen und können in der heutigen Sitzung weder beraten noch beschlossen werden.

Zu den betreffenden Beratungsgegenständen wird kurzfristig zu einer weiteren Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingeladen.

2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Im Rahmen der Beratung über die Behandlung des Tagesordnungspunktes 23 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird erörtert, dass die Öffentlichkeit über den geplanten Grundstücksverkauf informiert werden sollte.

Herr Nissen weist darauf hin, dass bei dem Verkauf möglichst der seinerzeit von der Stadt gezahlte Kaufpreis erzielt werden sollte. Da die Beratung somit auch kaufpreisrelevante Angaben betrifft, empfiehlt er, den Tagesordnungspunkt weiterhin im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Der Bürgermeister erklärt, dass er in seinem Bericht öffentlich über den geplanten Verkauf sowie über das betroffene Grundstück informieren werde. Damit werde die Öffentlichkeit über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt.

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 21. Sitzung am 20.08.2026

Die genannte Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Burmester beanstandet den Zustand des Gehweges im Bereich der Schleswiger Straße nach den Arbeiten zum Glasfaserausbau. Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass bislang noch keine Abnahme der Arbeiten erfolgt ist. Wöchentlich finden gemeinsame Begehungen mit der ausführenden Firma und der Telekom statt. Beanstandungen können der Verwaltung mitgeteilt werden. Vor der Endabnahme werden erforderliche Ausbesserungen vorgenommen; entsprechende Nacharbeiten erfolgen bereits in anderen Bereichen der Stadt.

Herr Jöns erkundigt sich nach einem im Wochenblatt „Die Woche“ erschienenen Artikel von Frau Burmester zum Bebauungsplan Nr. 25 der Stadt Friedrichstadt. Die Verwaltung erläutert, dass die Bekanntmachung im Internet veröffentlicht wurde und zudem im Amtsgebäude eingesehen werden kann. Herr Nissen informiert über das weitere Verfahren sowie über die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Reimers erklärt, dass die Regelung nur neue Vorhaben betreffe. *(Anmerkung für die Niederschrift: Herr Reimers bezieht sich hierbei auf neue Anträge für Neubauten und Nutzungsänderungen.)* Ziel sei es nicht, eine „Geisterstadt“ entstehen zu lassen. Vielmehr solle versucht werden, die Nutzung von Gebäuden als Ferienwohnungen in geregelte Bahnen zu lenken, da es hierfür in der Altstadt bislang keine entsprechende Regelung gegeben habe.

Weiterhin werden die in den Gehwegbereich hineinwachsenden Rosen beanstandet. Es wird gefragt, ob es hierfür keine zuständige Stelle gebe. Frau Reuß erläutert, dass die Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich der Ordnungsbehörde falle. Der zuständige Mitarbeiter werde entsprechend sensibilisiert.

Ferner wird unter Hinweis auf die geplante Nutzung des Bereichs „Halbmond“ mit Tiny-Häusern angefrafgt, ob im Bereich der Tönninger Straße die Herstellung eines beidseitigen Gehweges vorgesehen sei.

Herr Nissen erklärt, dass der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) im Zuge der Sanierung der Tönninger Straße voraussichtlich auch den vorhandenen Gehweg sanieren werde. Die Herstellung eines beidseitigen Gehweges müsse hingegen von der Stadt beantragt und finanziert werden. Ob eine solche Maßnahme angesichts der finanziellen Situation der Stadt als Bedarfsempfängergemeinde durchsetzbar sei, sei fraglich.

5. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister bedankt sich bei seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern für die gute Zusammenarbeit und die Vertretung während seines Urlaubes.

Er berichtet unter anderem über ein Gespräch mit dem Angelverein und die neue Beschilderung der Hundebadestelle. Im Rahmen eines Besuchs des Landtagsabgeordneten Deckmann wurde die mögliche Einrichtung einer neuen Polizeistation in der ehemaligen Feuerwehrwache erörtert. Hierzu fand außerdem ein Ortstermin mit Vertretern der Polizei, der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) und der Feuerwehr statt.

Der Bürgermeister nahm an den Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der Rudergesellschaft teil. Beim Jubiläum des Tennisclubs wurde die Stadt durch Frau Stümpel und Frau Wulf vertreten. Weitere Termine waren unter anderem das Sommerfest der Feuerwehr, die Kulturnacht, der Herbstzauber, der Stadtgeburtstag mit gemeinsamem Singen auf dem Marktplatz, die Jahreshauptversammlung der Jugendfeuerwehr sowie die Jahreshauptversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Der Bürgermeister bedauert die geringe Beteiligung am Stadtgeburtstag.

Zu den laufenden Bauvorhaben berichtet der Bürgermeister über den Anbau des Schulverbandes sowie die Baumaßnahmen an der Feuerwehr und den Außenanlagen der Sporthalle. Bei beiden Vorhaben bestehen Probleme mit den jeweiligen Planern. Beim Feuerwehrvorhaben sind zudem Nachträge erforderlich; die Grundsteinlegung soll zeitnah erfolgen. Der Baubeginn für die Kindertagesstätte in der Brückenstraße steht ebenfalls kurz bevor. Darüber hinaus fanden Sachstandsgespräche zu den baulichen Maßnahmen mit Herrn Frahm und den Fraktionsvorsitzenden sowie Gespräche mit der GEWOBA zu einer Baumaßnahme statt.

Weitere Themen des Berichts waren:

- das Turnusgespräch zur Städtebauförderung,
- Sitzungen des Tourismusvereins, der AktivRegion und des Amtsausschusses,
- Personalratsgespräche sowie die Einstellung eines neuen Mitarbeiters beim Bauhof,
- ein Treffen mit der Universität Flensburg zum Projekt „EE2 Gas“,
- Abstimmungen mit dem FC Blau-Weiß aufgrund des Wegfalls eines Sponsors,
- die Übergabe des Kom.Bio-Labels in Frankfurt,
- das Sommerfest der städtischen Mitarbeitenden,
- die Verabschiedung von Pastor Sassenhagen,
- die Verabschiedung von Herrn Buchholz aus der Bauabteilung; seine Nachfolgerin beginnt im November,
- Gespräche zur Unterstützung der Volkshochschule,
- der Sachstand zur Hauptamtlichkeit,
- die Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse sowie
- die beabsichtigte Veräußerung eines städtischen Baugrundstücks am Schwabstedter Weg.

Abschließend informiert der Bürgermeister über die Aktion „Orange Day“. Der „Orange Day“ findet jährlich am **25. November**, dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, statt. Zugleich beginnt an diesem Tag die UN-Kampagne **„Orange the World“**, die bis zum **10. Dezember**, dem Tag der Menschenrechte, dauert. Die Aktion macht insbesondere auf Femizide – also Tötungen von Frauen aufgrund ihres Geschlechts – sowie auf häusliche und partnerschaftliche Gewalt aufmerksam. Die orange Beleuchtung öffentlicher Gebäude setzt ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit Betroffenen und gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Er regt an, die Fenster des Rathauses mit einfachen Mitteln orange zu beleuchten. Die Stadtverordneten begrüßen diesen Vorschlag.

6. Bericht der Ausschüsse und Delegierten

Herr Jan Kratochvil berichtet als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung aus der letzten Ausschusssitzung. Dort wurden unter anderem die Änderung des Parkverbotes bei der Synagoge bei Veranstaltungen sowie die Aufwertung des Innenstadtbereichs durch Spielbretter beraten. Diese Themen sind Gegenstand der Tagesordnungspunkte 16 und 17 der heutigen Sitzung.

Herr Burkhard Beierlein berichtet in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt. Er informiert über das geplante Graben- und Lampenkataster.
Der Bebauungsplan Nr. 15 sei beschlossen worden. In der kommenden Woche werde ein Informationsschreiben an alle betroffenen Haushalte versandt.
Die Planungen für das gemeinsame Gewerbegebiet mit der Gemeinde Koldenbüttel könnten im kommenden Jahr fortgesetzt werden.
Für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) sei eine neue Lagerfläche gefunden worden. Die bisher genutzte Fläche entfalle aufgrund des dort geplanten Bauvorhabens der GEWOBA.
Der Ausbau der Straße zum Klärwerk habe in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) kostengünstig umgesetzt werden können.

Herr Beierlein weist nochmals darauf hin, dass festgestellte Mängel an Pflasterflächen direkt an Herrn Duggen von der Bauabteilung gemeldet werden können.

Aus dem Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales erfolgt kein Bericht, da die Ausschussvorsitzende Frau Doreen Stümpel entschuldigt fehlt.

7. Anfragen der Stadtverordneten

Herr Reimers erkundigt sich nach dem Sachstand zum Solarkataster. Der Bürgermeister erläutert, dass eine Veröffentlichung derzeit nicht möglich sei, da die erforderlichen Rechte an dem verwendeten Bildmaterial nicht vorlägen. Das Solarkataster könne jedoch bei Herrn Nissen eingesehen werden.

Frau Wulff berichtet, dass es in Heidenau ein Verbot der Stolpersteine gebe. Sie hebt daher positiv hervor, dass in Friedrichstadt weitere Stolpersteine hinzukämen und die bereits vorhandenen Steine während der laufenden Bauarbeiten geschützt würden. Nach Abschluss der Arbeiten sollen neun Stolpersteine durch den Bauhof verlegt beziehungsweise wieder eingesetzt werden.
Frau Wulff regt an, die Verlegung medial zu begleiten. Dadurch könne auf die Bedeutung der Stolpersteine für die Erinnerungskultur aufmerksam gemacht und zugleich verdeutlicht werden, dass Friedrichstadt weiterhin für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben stehe. Dies knüpfe an die Geschichte der 1621 gegründeten Stadt an, die wesentlich durch niederländische Glaubensflüchtlinge und das Zusammenleben verschiedener Religionsgemeinschaften geprägt wurde.

8. Aktueller Sachstand der Beschlüsse

Die den Stadtverordneten im Vorfeld der Sitzung übersandte Beschlussliste wird kurz besprochen.
Der Bürgermeister erläutert den anwesenden Gästen, dass die Stadtverordnetenversammlung diese Liste zur eigenen Kontrolle eingeführt habe. Sie diene dazu, die Umsetzung der gefassten Beschlüsse und den jeweiligen Bearbeitungsstand nachvollziehen zu können.

9. Vorstellung des geplanten VR-Projekts "Alte Münze"

Frau Thomsen und zwei Mitarbeiter der Firma Dataport stellen das geplante Virtual-Reality-Projekt für das Museum „Alte Münze“ vor. Ziel des Projekts sei es, neue Besuchergruppen anzusprechen, insbesondere jüngere Menschen sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Da das Obergeschoss des Museums nur über eine Treppe erreichbar sei, das Gebäude könne nicht vollständig barrierefrei ausgebaut werden.

Herr Unger präsentiert das derzeit geplante virtuelle Erlebnis. Dieses soll die Geschichte eines Geflüchteten erzählen, der in Friedrichstadt Zuflucht findet. Dadurch sollen Empathie geweckt und die Entstehungsgeschichte der Stadt anschaulich und erlebbar vermittelt werden.

Er erläutert außerdem die Funktionsweise einer VR-Brille. Diese ermögliche es den Nutzerinnen und Nutzern, in eine computergenerierte, räumlich wahrnehmbare Umgebung einzutauchen und sich darin umzusehen und zu bewegen.

Die Gesamtkosten des Projekts werden auf rund 70.000 Euro geschätzt.

10. Beratung und Beschlussfassung über den Förderantrag zum VR-Projekt

Es wird die Zusammensetzung der Kosten gemäß Präsentation kurz erörtert. Die Präsentation sieht zunächst einen VR-Sitzplatz im Eingangsbereich des Museums vor. Bei einer guten

Resonanz könne jederzeit ein zweiter Platz nachgerüstet werden. Die Kosten für eine VR-Brille beliefen sich auf etwa 800 Euro. Der überwiegende Teil der Gesamtkosten entfalle auf die Entwicklung und technische Realisierung der VR-Anwendung.

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, dass die Mittel für die Umsetzung des Projekts „VR-Anwendung für das Museum ‚Alte Münze'" über das Grundbudget bei der AktivRegion südliches Nordfriesland (förderfähige Summe: 66.500 EUR; 60 % Förderung: 39.900 EUR; Eigenanteil 30.100 EUR zzgl. MwSt.) und ggf. anderen potentiellen Fördertöpfen beantragt werden. Der Eigenanteil soll durch Spenden der Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte (5.000 EUR) und den Museumsverein (5.000 EUR) entsprechend um 10.000 EUR gesenkt werden.

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	10	01	--

11. Zwischenbericht Grünflächenmanagementkonzept

Herr Hündorf berichtet, dass die Stadt seit 2024 Mitglied im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt" ist. Gemeinsam mit örtlichen Akteuren seien bereits verschiedene Maßnahmen umgesetzt worden. Hierzu zählen Baumpflanzungen mit der Jugendfeuerwehr und dem Bauhof, die Installation von Vogelkästen mit den Pfadfindern, die Anlage einer Obstbaumwiese sowie das Anbringen von Mauerseglerkästen. Im Mai dieses Jahres habe zudem eine Kommission die Stadt besucht.

Die lokale Arbeitsgruppe treffe sich regelmäßig, um Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung artenreicher Lebensräume im Stadtgebiet zu entwickeln. Auch der Bauhof habe bereits im Vorfeld entsprechende Projekte umgesetzt, darunter die Anlage von Wildblumenwiesen. Als nächste Maßnahme sei die Errichtung eines Sandariums am alten Hafen vorgesehen.

Die Erstellung eines Pflegeplans für das gesamte Stadtgebiet habe sich als zu kostenintensiv erwiesen. Herr Hündorf regt daher an, die dafür vorgesehenen Mittel stattdessen in die Fortbildung der zuständigen Mitarbeitenden zu investieren.

Am 22. September sei der Stadt in Frankfurt das Bronze-Label überreicht worden, das Herr Hündorf in Begleitung seiner Frau entgegengenommen habe. Insgesamt seien 15 Kommunen zertifiziert worden. Das Label solle einen Platz im Rathaus erhalten und sei für die Jahre 2026 bis 2029 gültig. Anschließend könne eine erneute Zertifizierung beantragt und perspektivisch das Silber- oder Gold-Label angestrebt werden.

12. Kenntnisnahme vom Bericht der Ordnungsprüfung und Fehlbetragsprüfung für das Haushaltsjahr 2025

Der Bericht über die Ordnungs- und Fehlbetragsprüfung für das Haushaltsjahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Die im Bericht enthaltene Formulierung „entspricht nicht der Norm" führt zu Unverständnis und soll mit dem zuständigen Mitarbeiter der Amtsverwaltung geklärt werden. Herr Nissen erläutert, dass es sich hierbei um Darstellungs- beziehungsweise inhaltliche Formfehler handele. Die Amtsverwaltung stehe diesbezüglich bereits in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht.

Ferner wird beanstandet, dass die Spielgerätesteuer laut Beschluss vom Dezember 2024 auf 20 Prozent erhöht worden sei, im Bericht jedoch weiterhin mit 12 Prozent angegeben werde.

Auch dieser Sachverhalt soll geklärt werden. Das Ergebnis der Prüfung ist den Fraktionsvorsitzenden schriftlich mitzuteilen.

13. Beratung und Beschlussfassung über die Anpassung der Eintrittsgelder des Museums "Alte Münze"

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sollen auch die Gebühren regelmäßig auf die Angemessenheit überprüft und ggf. erhöht werden. Dies passiert auch regelmäßig, allerdings sind die Angemessenheit folgender Gebühren länger nicht geprüft worden.

	Letzte Prüfung
Verwaltungsgebühren	2014
Eintrittsgeld Museum	2013
Sondernutzungsgebühren	2014

Die Verwaltungsgebühren und Sondernutzungsgebühren werden separat geprüft. Hier bedarf es dann auch eine Änderung der jeweiligen Satzungen.

Bzgl. der Eintrittsgelder des Musuems wurde ein Vorschlag von der Leitung des Museums vorbereitet:

	Alt:	Neu:
Erwachsene	3,50 €	5,00 €
Gruppen/Ermäßigt	3,00 €	4,00 €
Schulklassen	25,00 €	50,00 €

Herr Jensen regt an, die Zahlung zukünftig auch bargeldlos zu ermöglichen.

Frau Burmester regt an, dass es zukünftig auch Ermäßigungen für andere Gruppen geben sollte, bislang ist dies nur für Schwerbehinderte vorgesehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erhöhung der Eintrittsgelder für das Musem „Alte Münze“ gem. des eingereichten Vorschlags:

Erwachsende:	5,00 €
Gruppen/Ermäßigt:	4,00 €
Schulklassen:	50,00 €

Abstimmungsergebnis:

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	11	--	--

Bemerkung:
Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

14. Beratung und Beschlussfassung über das Regionalbudget 2027
Hier: Bereitstellung des Eigenanteils für die Kofinanzierung und für das Fördermanagement

Die LAG AktivRegion Südliches Nordfriesland e.V. beabsichtigt, im Jahr 2027 das Förderprogramm Regionalbudget mit einem Fördervolumen von 200.000 Euro umzusetzen, um wieder zahlreiche lokale Projekte in unserer Region zu unterstützen.

Voraussetzung für die Umsetzung des Programms sind
• die Bereitstellung des kommunalen Eigenanteils zur Kofinanzierung des Regionalbudgets sowie
• die Finanzierung des für die Durchführung erforderlichen Fördermanagements.

Die auf die Ämter/Städte entfallenen Anteile ergeben sich aus den Einwohnerzahlen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung des kommunalen Eigenanteils zur Kofinanzierung des Regionalbudgets i.H.v. 782,00 € sowie die Finanzierung des für die Durchführung erforderlichen Fördermanagements i.H.v. 1395,86 € für das Jahr 2027.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	11	--	--

Bemerkung:
Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

15. Beratung und Beschlussfassung über die Anhebung des Steuersatzes der Zweitwohnungssteuer

Die Stadt Friedrichstadt hat einen defizitären Haushalt und sieht vor für die mittelfristige Finanzbeschaffung, die Zweitwohnungssteuer zu erhöhen, um weitere finanzielle Mittel für die Deckung des Haushalts zu beschaffen. Friedrichstadt hat aktuell knapp 110 Zweitwohnungssteuerpflichtige - Tendenz steigend. Rund 90 % der Zweitwohnungssteuerpflichtigen siedeln sich in der Altstadt an.

Im Finanz- und Kommunalausschuss wurde mehrheitlich für eine Erhöhung des Steuersatzes auf 4% gestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erhöhung des Steuersatzes der Zweitwohnungssteuer auf 4%.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	10	01	--

Bemerkung:
Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

16. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung des Parkverbotes bei der Synagoge zu Veranstaltungen

Die für die Durchführung und Organisation der Veranstaltungen an der Synagoge zuständige Mitarbeiterin ist an die Stadtverwaltung mit der Anfrage herangetreten, ob die Möglichkeit besteht, unmittelbar vor der Synagoge dauerhaft ein Parkverbot für zwei Stellplätze einzurichten. Die betreffenden Flächen sollen insbesondere für die erforderlichen Auf- und Abbauarbeiten sowie für die Fahrzeuge der jeweiligen Darstellerinnen und Darsteller bzw. Ausstellerinnen und Aussteller im Zusammenhang mit Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Bislang wird für die Freihaltung der benötigten Stellfläche der städtische Bauhof beauftragt, entsprechende Klappschilder aufzustellen bzw. diese zu den jeweiligen Veranstaltungszeiten wirksam zu machen und anschließend wieder unwirksam zu machen. In der Praxis kommt es jedoch wiederholt vor, dass Bürgerinnen und Bürger oder Gäste der Stadt die Klappschilder eigenmächtig wieder hochklappen. Dies führt dazu, dass die eigentlich für die Veranstaltung benötigte Parkfläche bei Bedarf nicht zur Verfügung steht.

Aus Sicht der Ordnungsbehörde könnte diesem Problem durch die Aufstellung dauerhafter Verkehrszeichen begegnet werden. Vorgesehen wäre, die entsprechenden Verkehrszeichen mit einem Zusatzzeichen zu versehen, auf dem die jeweiligen Sperrzeiten bzw. Veranstaltungsdaten kenntlich gemacht werden. Die zuständige Mitarbeiterin würde die jeweils erforderlichen Daten selbstständig eintragen und damit rechtzeitig vor den jeweiligen Veranstaltungen die notwendige Freihaltung der Stellflächen veranlassen.

Durch diese Lösung könnte verhindert werden, dass Unberechtigte die Beschilderung eigenmächtig verändern. Gleichzeitig würde eine dauerhafte Sperrung der beiden Stellplätze vermieden. Die Parkflächen könnten weiterhin regulär genutzt werden und würden lediglich für die tatsächlich stattfindenden Veranstaltungen und die hierfür erforderlichen Zeiträume freigehalten.

Die Festlegung und Kenntlichmachung der jeweiligen Sperrzeiten würde durch die zuständige Mitarbeiterin erfolgen. Ebenso würde sie die erforderliche Dokumentation bzw. das Aufstellprotokoll führen und damit die ordnungsgemäße Umsetzung der jeweiligen Sperrung sicherstellen.

Auch für den städtischen Bauhof dürfte diese Vorgehensweise eine Entlastung darstellen, da die bislang erforderlichen regelmäßigen Auf- und Abbauarbeiten bzw. die Aktivierung und Deaktivierung der entsprechenden Halteverbotsbeschilderung an dieser Stelle künftig entfallen würden. Insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen erforderlichen Beschilderungsmaßnahmen im Bereich der Altstadt könnte dadurch der Arbeitsaufwand des Bauhofs zumindest minimal reduziert werden.

Aus Sicht der Ordnungsbehörde stellt die dauerhafte Beschilderung mit veranstaltungsbezogener Ausweisung der Sperrzeiten somit eine praktikable Möglichkeit dar, die benötigten Stellflächen zuverlässig für die Veranstaltungen freizuhalten, ohne diese dauerhaft dem öffentlichen Parkraum zu entziehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einrichtung von zwei dauerhaft beschilderten Parkflächen vor der Synagoge, die im Bedarfsfall ausschließlich für die Auf- und Abbauarbeiten sowie für die Fahrzeuge von Darstellerinnen und Darstellern bzw. Ausstellerinnen und Ausstellern im Zusammenhang mit Veranstaltungen freigehalten werden.

Hierzu sollen dauerhafte Verkehrszeichen mit einem entsprechenden Zusatzzeichen aufgestellt werden, über das die jeweils erforderlichen Sperrzeiten und Veranstaltungsdaten kenntlich gemacht werden können.

Die zuständige Mitarbeiterin wird beauftragt, die jeweiligen Sperrzeiten rechtzeitig festzulegen und auf dem Zusatzzeichen kenntlich zu machen sowie die erforderliche Dokumentation und das Aufstellprotokoll zu führen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderliche Beschilderung einzurichten und die Umsetzung mit der zuständigen Mitarbeiterin sowie dem städtischen Bauhof abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	10	01	--

Bemerkung:
Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

17. Beratung und Beschlussfassung über die Aufwertung des Innenstädteberei-ches durch Spielbretter Initiative Netzwerk

Das Konzept des Netzwerkes für die angedachte Aufwertung des Innenstadtbereiches durch die Installation von Edelstahlplatten mit Spielfeld wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung vorgestellt.

Die Kosten sollten durch eine Spende an das Netzwerk gedeckt sein, nur im Notfall würde der beschlossene Zuschuss der Stadt in Höhe von 500,-€ in Anspruch genommen werden. Lediglich die Montage sollte von der Stadt, über den städtische Bauhof, erfolgen.
Bei guter Annahme könnte auch über eine Ausweitung z.B. im Aktivpark oder den Grachten nachgedacht werden.

Nach kurzer Beratung kommt der Ausschuss zu folgendem Empfehlungsbeschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Ordnungswesen und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Netzwerk Friedrichstadt e.V. die Genehmigung zu erteilen, den Innenstadtbereich mit Spielbrettern aufzuwerten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt dem Netzwerk Friedrichstadt e.V. die Genehmigung zu erteilen, den Innenstadtbereich mit Spielbrettern aufzuwerten.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussfähigkeit		**Abstimmung**		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	11	--	--

Bemerkung:
Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

18. Beratung und Beschlussfassung über einen Grundsatzbeschluss zur weiteren Umsetzung des Mobilitätskonzepts

Die Stadt Friedrichstadt hat die Wasser- und Verkehrs-Kontor GmbH (Neumünster) mit der Erstellung eines Mobilitätskonzeptes beauftragt. Dies war über eine Förderung über das Grundbudget der AktivRegion südliches Nordfriesland möglich. Anlass waren insbesondere der hohe Parksuchverkehr und die daraus resultierenden Nutzungskonflikte im historischen Altstadtkern sowie das Ziel, Fuß- und Radverkehr, ÖPNV und touristische Anforderungen zu einem stimmigen Mobilitätssystem zu verknüpfen.

Das Konzept wurde auf Grundlage einer umfassenden Bestands- und Defizitanalyse (u. a. eigene Verkehrserhebungen, Auswertung von Unfalldaten des Statistischen Landesamtes, Parkraumerhebung) sowie einer zweistufigen Öffentlichkeitsbeteiligung erarbeitet, in der Bürgerinnen und Bürger, Interessenverbände sowie Mitarbeitende aktiv eingebunden wurden.

Das Konzept schlägt fünf Maßnahmenpakete vor: M01 Neuordnung des ruhenden Verkehrs, M02 Parkleitsystem, M03 Radwegenetz, M04 Fußwegenetz sowie M05 Mobilitätsmaßnahmen. Es wurde der Stadtverordnetenversammlung am 20.08.2026 vorgestellt und von dieser zur Kenntnis genommen. Die Detailberatung soll nun innerhalb der Fraktionen und den zuständigen Ausschüssen stattfinden.

Da die einzelnen Maßnahmenpakete teils erhebliche finanzielle, organisatorische und rechtliche Auswirkungen haben, soll die Stadtverordnetenversammlung vorab eine grundsätzliche politische Richtungsentscheidung treffen. Diese bildet den Rahmen für die weitere Detailberatung und Einzelbeschlussfassung in den Fachausschüssen.

Beschluss:

1.
Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich grundsätzlich zu den im Konzept formulierten „zentralen Entwicklungszielen“ (Leitbild und Entwicklungsziele: S. 59 f., Stand 16.09.2026) für die zukünftige Mobilität in Friedrichstadt.
2.
Die Fachausschüsse werden gebeten, die im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmenpakete M01 (Neuordnung des ruhenden Verkehrs), M02 (Parkleitsystem), M03 (Radwegenetz), M04 (Fußwegenetz) und M05 (Mobilitätsmaßnahmen) in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich vertieft auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beschlussfassung vorzustellen. Die Verwaltung unterstützt die Ausschüsse hierbei fachlich und stellt die erforderlichen Informationen, Grundlagen und Beschlussvorlagen bereit.
3.
Bei der weiteren Ausarbeitung sind Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zu prüfen und, soweit möglich, zu nutzen.
4.
Über den Fortgang der Umsetzung ist der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig zu berichten.

Beschlussfähigkeit		Abstimmung		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	10	--	01

19. Beratung und Beschlussfassung über die Bewerbung für einen "Digitalen" Begegnungsort" im Rahmen des Projektes "Smarte Grenzregion"

Im Rahmen des Projekts Smarte Grenzregion zwischen den Meeren kann in Friedrichstadt ein digitaler Begegnungsort errichtet werden. Hier soll ein sichtbares, niedrigschwelliges Angebot für Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters entstehen, das Medienkompetenz, digitale Teilhabe und Zusammenarbeit vor Ort stärkt. Vorgesehen ist dafür ein vorhandener barrierefreier Raum im Erdgeschoss des Rathauses, in der Nähe von Stadtbücherei und Bürgerbüro. Dort sollen digitale Werkzeuge zum gemeinsamen Ausprobieren und Erlernen bereitstehen. Plotter oder Laserdrucker sind in der späteren Erweiterungsphase vorgesehen. Eine Umsetzung im Jugendzentrum ist wegen fehlender Barrierefreiheit nicht möglich.

Von dem Angebot könnten Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Schulen ebenso profitieren wie das Jugendzentrum, die Kultur- und Gedenkstätte Ehemalige Synagoge, die Volkshochschule und die Stadtbücherei.

Für die Anschaffung des technischen Equipments für die Stadt Friedrichstadt sind knapp 20.000 Euro vorgesehen. (100 % - Förderung über Smarte Grenzregion, inkl. Garantien und Software) Der Betrieb erfolgt zunächst im Rahmen der vorhandenen Arbeitszeiten; ein Betriebsplan für 2027 wird erarbeitet.

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt im Rahmen des Förderprogramms der Smarten Grenzregion einen Digitalen Begegnungsort errichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Geschäftsordnung und einen Betriebsplan für 2027 in Abstimmung mit allen Beteiligten zu erarbeiten. Durch die Errichtung und den Betrieb des Digitalen Begegnungsortes dürfen keine zusätzlichen Personalkosten für die Stadt entstehen.

Beschlussfähigkeit		Abstimmung		
gesetzl. Mitgliederzahl	davon anwesend	dafür	dagegen	Stimmenthaltung
17	11	10	--	01

23. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung

Der Bürgermeister stellte die Öffentlichkeit wieder her.

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung wurden die Erhöhung eines Pachtzinses sowie die Erhöhung eines Erbbauzinses beschlossen. Die näheren Einzelheiten werden aufgrund der schutzwürdigen Interessen der jeweils betroffenen Vertragspartei nicht öffentlich wiedergegeben.

Über die Veräußerung eines Baugrundstückes wurde beraten. Der Tagesordnungspunkt wurde zur weiteren Beratung und Abstimmung an die Fraktionen zurückverwiesen.

Der Bürgermeister bedankt sich für die rege Mitarbeit und Unterstützung und schließt damit die Sitzung.

Bürgermeister Schriftführerin